

# Oeffentlicher Dienst als neoliberales Tummelfeld

Autor(en): **Renschler, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **5 (1993)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833061>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**WALTER RENSCHLER**

**DIE ZUKUNFT  
DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES IN DER SCHWEIZ**

**LE SERVICE PUBLIC EN SUISSE  
-INTERROGATIONS SUR L'AVENIR**

## Oeffentlicher Dienst als neoliberales Tummelfeld

Walter Renschler

Aus dem Nachwächterstaat des 19. Jahrhunderts ist im 20. Jahrhundert - nicht ohne Mühe - ein Staatswesen entstanden, für das der soziale und wirtschaftliche Ausgleich innerhalb der Gesellschaft und der Regionen zu einer ständigen Aufgabe wurde.

Die staatliche Tätigkeit wuchs aber nicht nur deswegen, weil die öffentliche Hand ihre Leistungen zugunsten der Allgemeinheit erhöhte, beispielsweise im sozialen Bereich, im Bildungswesen oder im Umweltschutz. Der Staat wurde auch - und wird weiterhin - gezwungen, gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht mittels Gesetzgebung ordnend einzugreifen. Die notwendige gesetzgeberische Tätigkeit beschränkt sich natürlich nicht nur auf den Erlass von Gesetzen; sie müssen auch angewandt werden und deren Durchsetzung bedarf der Kontrolle. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass in der jüngeren Vergangenheit beispielsweise beim Bund eine grössere Anzahl von Bundesämtern entstanden sind oder bereits bestehende ausgebaut werden mussten. Professor Max Imboden schrieb einmal: «Neue wechselnde und diffuse Gruppierungen, vielfach an handfeste Interessen gebunden, beginnen zu dominieren. Nur das konstitutionelle Gerüst des Staates kann dem Sozialkörper einen tragenden Halt verbürgen.» Etwas schlagwortartig ausgedrückt, heisst das: Die Stärke des Rechts muss das Recht des Stärkeren verhindern.

Dennoch hält sich bei uns die staatliche Tätigkeit in Grenzen:

- Die staatlich geregelte AHV erfüllt den verfassungsmässigen Auftrag der Existenzsicherung nicht; die berufliche Altersvorsorge ist unzulänglich; es gibt keine obligatorische Krankenpflege- und Krankengeldversicherung und die Mutterschaftsversicherung ist ein seit Jahrzehnten unerfüllter Verfassungsauftrag.
- Die staatlichen Interventionsmöglichkeiten in das Wirtschaftsgeschehen sind minimal; die Handels- und Gewerbefreiheit gilt als Dogma, das nur relativiert wird, wenn es partikulären Wirtschaftsinteressen dient wie beispielsweise der Landwirtschaft oder der Kartellwirtschaft.
- Staatliche Produktionsbetriebe sind in der Schweiz eine Seltenheit; dafür erteilt die öffentliche Hand jährlich Aufträge in Milliardenhöhe an die Privatwirtschaft, und zwar vom Kleingewerbe bis zur Grossindustrie.
- Die Staatsquote der Schweiz (Staatsausgaben gemessen am Bruttoinlandprodukt) ist mit rund 30% tief; andere westeuropäische Länder weisen Staatsquoten von 40-60% auf.

Obwohl der Staat in der Schweiz nicht überbordet, betreiben neoliberale Kreise periodisch die Aushöhlung des Staates, wobei jeweils die Schlagworte ändern. Anfangs der 80<sup>er</sup> Jahre hiess der politische Slogan: «Weniger Staat - mehr Freiheit». Seit einigen Jahren wird die «Deregulierung» propagiert, neuerdings ergänzt mit «Revitalisierung der Wirtschaft». Die Zielsetzung ist und bleibt dieselbe:

- Beschränkung der Steuerbelastung, beispielsweise durch die Abschaffung der direkten Bundessteuer;
- Entlastung der öffentlichen Haushalte von Sozialausgaben, indem der Anspruch auf Sozialleistung durch die Willkür der sozialen Fürsorge ersetzt werden soll;
- Abbau von staatlichen Regelungen, die der Interessenwahrung der Allgemeinheit dienen und
- Privatisierung von öffentlichen Diensten.

Der öffentliche Dienst ist zum neoliberalen Tummelfeld geworden. Professor Wittmann, seit Jahren ein Exponent des Neoliberalismus - schon anfangs der 80<sup>er</sup> Jahre vertrat er die These, die Armen würden die Reichen ausbeuten - kann zurecht feststellen: «Heute mache ich mich wenigstens nicht mehr unmöglich...» Tatsächlich entsprechen neoliberale Tendenzen offenbar dem Zeitgeist, obwohl die Wirtschaftskrise und die enorme Arbeitslosigkeit eigentlich den Gemeinsinn, die Solidarität und die soziale Verantwortung stärken sollten.

Die Arbeitsgruppe de Pury vertritt in ihrem ordnungspolitischen Bericht zuhanden des Bundesrates die Meinung, das soziale Netz müsse gezielt auf die Bedürftigen ausgelegt werden. Alle gesetzlichen Arbeitszeitsvorschriften für Erwachsene seien abzuschaffen, ebenso die staatliche Mietzinskontrolle. Auch auf die Subventionierung der Wohnbauförderung solle verzichtet werden.

Im ordnungspolitischen Programm verschiedener Wirtschaftsmächtiger wird einerseits die Aufgabe staatlicher Monopolansprüche und andererseits die Stärkung der Handels- und Gewerbefreiheit verlangt. Die Staatsausgaben seien zu begrenzen und die Sozialpolitik nach dem Giesskannenprinzip sei zu unterlassen.

Bürgerliche Vertreter in den eidgenössischen Räten verlangen die Privatisierung öffentlicher Dienste, beispielsweise der PTT, der SBB, der Eidgenössischen Alkoholverwaltung sowie der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt.

Oeffentliche Arbeitgeber vernichten gegen 20 000 Stellen, davon der Bund 11 000.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände wehren sich gegen die finanzielle Ausblutung des Staates, gegen die Sparhysterie der öffentlichen Hand, gegen den Sozialabbau, gegen die Deregulierung der Sozialrechte, gegen die Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen und gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste.

Die Uebertragung staatlicher Tätigkeiten an die Privatwirtschaft lehnen wir grundsätzlich ab, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Private Unternehmer sind nur an der Uebernahme von öffentlichen Aufgaben interessiert, die rentabel sind. Dem Staat verbleiben die Verlustgeschäfte nach dem Motto: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste.

2. Werden öffentliche Aufgaben, die miteinander verzahnt sind, nach dem Kriterium der Gewinn- und Verlustträchtigkeit auseinandergerissen, dann entstehen im Endeffekt Mehrkosten, die der Steuerzahler berappen muss, da Mischrechnungen nicht mehr möglich sind.
3. Als besonders nachteilig ist die Uebertragung von Monopolkonzessionen an Private - beispielsweise beim öffentlichen Verkehr - zu beurteilen: Dadurch entstehen private Monopole. Der Bevorzugung weniger steht der Ausschluss vieler gegenüber.
4. Privatisierte öffentliche Dienste unterstehen nicht mehr einer direkten öffentlichen Aufsicht. Auch werden die Möglichkeiten der Einflussnahme mit demokratischen Mitteln eingeschränkt oder fallen ganz weg.
5. Die Privatisierung öffentlicher Dienste führt meist auch zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, insbesondere bei der beruflichen Altersvorsorge und beim Kündigungsschutz. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erfahren wir tagtäglich, wie unzulänglich das privatrechtliche Anstellungsverhältnis ist. Selbst auf kollektivvertragliche Regelungen ist oft kein Verlass mehr: Sie werden von den Arbeitgebern verletzt oder gekündigt.

Wir leben in einem mehrheitlich bürgerlichen Staat; das gilt in bezug auf die Zusammensetzung der Legislativen und der Exekutiven; auch die Mehrzahl der Chefbeamten gehört dem bürgerlichen Lager an. Es ist paradox, dass ausgerechnet jene politischen Kreise, die am Staat massgeblich beteiligt sind, ihn abbauen wollen.

Mit diesen Bestrebungen stossen sie in der Bevölkerung sogar auf Sympathie, weil der bürgerliche Staat zu einem bürgerfremden Staat geworden ist: Zu oft wird an den Interessen und Bedürfnissen des Volkes vorbei, ja ihnen entgegen regiert und verwaltet.

Die Gewerkschaften halten den gegenwärtigen Staat ebenfalls für unzulänglich. Wir wollen ihn aber nicht amputieren, sondern verbessern, leistungsfähiger, bürgernäher, verlässlicher und transparenter gestalten.

Der Staat hat die Grundversorgung der Menschen zu gewährleisten; dazu gehören u.a. die soziale Sicherheit, die Aus- und Weiterbildung, das Gesundheitswesen, der öffentliche Verkehr, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Staatliche Massnahmen sind erforderlich zur Behebung sozialer Ungleichgewichte und zur Umverteilung des Wohlstandes zugunsten der wirtschaftlich Schwachen.

Der öffentliche Dienst muss initiativ und innovativ sein und sich den veränderten Bedürfnissen anpassen. Bei der Festsetzung von Gebühren und Tarifen für einzelne Leistungen sind die Kriterien der Sozialverträglichkeit zu beachten.

Gemischtwirtschaftliche oder gemeinnützige private Institutionen sollen durchaus öffentliche Aufgaben übernehmen können, sofern dies sinnvoll ist, etwa in dezentralen, kleinräumigen Strukturen. Vorbedingung ist jedoch ein

sozial und nutzergerecht ausgestalteter Leistungsauftrag. Wo der Staat Beiträge an Private ausrichtet, hat die Leistungs- und Rechnungskontrolle unter staatlicher Aufsicht zu erfolgen.

Der Staat soll sowohl die Privatinitiative fördern als auch das Allgemeininteresse wahrnehmen. Hegel nannte den Staat die Wirklichkeit der sittlichen Idee. Diese wollen wir weder abbauen, noch privatisieren.

## 1. Einführung

Le Crédit foncier suisse est la banque cantonale du canton de Vaud, j'ai travaillé en Suisse par la taille de son bilan, constitue un exemple de banque semi-public, semi-privée de son statut.

En effet, son caractère public est inscrit dans son statut, elle est gérée par un conseil d'administration composé de représentants de l'Etat et de représentants professionnels. Elle est financée par les cantons et par les particuliers. Sa rentabilité est élevée, elle est la meilleure des banques suisses.

Elle a un caractère public et permet de jouer un rôle d'intermédiaire financier toujours dans le domaine d'habitat, et ce pour une part de marché équivalente à 40% en Suisse.

Elle est financée par les cantons et par les particuliers. Elle est financée par les cantons et par les particuliers. Elle est financée par les cantons et par les particuliers.

Le statut semi-public est inscrit dans son statut. Le statut semi-public est inscrit dans son statut. Le statut semi-public est inscrit dans son statut.

## 2. Banques cantonales: quel avenir ?

### Les cercles d'influence

Les cercles d'influence qui doivent être évités de manière significative par les banques cantonales sont recensés ci-après.

Face à ces cercles d'influence sont également listés, ci-après, les tendances qui ils sont susceptibles de développer.